



# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 25 / 41. Jahrgang	Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf.	Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b Fernsprecher: Moritzplatz 2120	Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieber kostenlos	Berlin, 24. Juni 1927
-----------------------	---	---	---	-----------------------

## Der Sozialdemokratische Parteitag in Kiel und einige Folgerungen.

Nach den übereinstimmenden Berichten der Presse und der Teilnehmer am Parteitag hat die Kieler Bevölkerung den Delegierten einen Empfang bereitet und während der Tagung eine Sympathie bezeugt, die Zeugnis ablegt, welche Bedeutung der Sozialismus bereits in breiten Volksschichten gewonnen hat.

Wenn wir Gewerksattler in der Sozialdemokratischen Partei die Vertreterin unserer politischen, sozialistischen und wirtschaftlichen Interessen in den Parlamenten des Reiches, der Länder und Gemeinden vertreten, so ist es nahelegend, daß wir auch die Verhandlungen des Parteitages mit regem Interesse verfolgen. Da leider viele unserer Mitglieder politisch noch nicht erzogen sind und darum auch nur geringes Interesse für politische Dinge haben, was sehr bedauerlich ist, so ist es dringend erforderlich, auch im Verbandsblatt einiges über diese Tagung zu sagen und dadurch vielleicht den Anstoß zu geben, daß die Säumnigen sich nachträglich noch verbessern, das Veräumte gutzumachen. Dies ist geboren im Interesse der Gesamtheit wie im Interesse jedes Einzelnen.

Wie überall, wo viele Menschen zusammenkommen, gibt es Auseinandersetzungen, Meinungsverschiedenheiten, Opposition und Angriffe auf die Politik, die von der Parteileitung und der Reichstagsfraktion betrieben worden ist. Gut so, aber die Hauptsache war doch, daß trotz dieser Kritik eine erfreuliche Einigkeit und Geschlossenheit über die Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck kam.

Die politischen Zustände in Deutschland sind allerdings etwas weniger als erfreulich. Die Bürgerbewegungen haben alles getan, was geeignet ist, Unzufriedenheit zu stiften. So lag es nahe, daß die Frage der Koalitionsregierung vor allem heiß diskutiert wurde. Daß die Sozialdemokratie in der heutigen Republik eine wesentlich andere Aufgabe zu lösen hat als in der früheren Monarchie, das ist allerdings in keinem interessanten Referat trefflich dargestellt. Es sollte kein Kollege verkümmern, diese Ausführungen nachzulesen und darüber nachzudenken, werden doch als der Höhepunkt der Tagung bezeichnet. Und das ist minder interessant und lehrreich für auch die Diskussionen über dieses Referat. Der Parteitag sahte denn auch mit großer Mehrheit einen Beschluß, der die Beteiligung der Partei an Regierungskoalitionen als ein außerordentliches Mittel erachtet, um politische Macht zu erlangen und zu behaupten.

Der allerdings der Meinung ist, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft erst mit Stumpf und Ziel ausgerichtet werden muß, bevor eine bessere sozialistische Gesellschaftsform errichtet werden kann, mit dem läßt sich aber keine tatsächlichen Fragen gar nicht reden. Wir leben heute zurzeit in dieser Gesellschaftsform und wir wissen aus langer Erfahrung, daß nur in jähem, unausgesetztem Kampfen und Ringen eine Umformung möglich ist, die den Menschen Wert beifügt. Und weil wir dies selbst mit erlebt haben und die Erfolge kennen, die erzielt worden sind, so ist die unsere junge Generation natürlich nicht den Wahnsinn anlegen kann wie die Alten, so vertreten wir eben den Standpunkt, daß unter allen Umständen, solange diese kapitalistische Gesellschaft besteht, im Rahmen dieser Fortbewegungen geltend gemacht werden müssen.

Wer das aber will, kann kein Gegner einer Koalitionsregierung sein. Solange die sozialistischen Parteien keine Mehrheit in den Parlamenten haben, sind sie auf Zusammenarbeit mit Sympathisierenden anderer Parteien angewiesen, sofern sie ihre Wählerinteressen mit Erfolg durchsetzen wollen. Wollen sie das aber nicht, dann wird nur die Rolle einer Oppositionspartei, die wohl gegen volkswirtschaftliche Maßnahmen protestieren kann, aber selbst keine Macht besitzt, solche zu verhindern.

In dieser Auffassung müssen wir festhalten, wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen der Reichsregierung und der in Preußen. Was wäre nicht alles zu sehen, wenn kein Covering in Preußen Innenminister gewesen wäre, und was ist nicht schon geschehen, seit ein Herr Reubell Innenminister im Reich ist? Denn die Frage der Koalitionsregierung hängt innig zusammen mit der Förderung der Beteiligung an der Regierung. Wer das eine nicht will, muß auch das andere wollen. Und die Frage Reubell oder Wiedererrichtung eines monarchischen Staatensystems hängt sehr davon ab, ob die Parteien der arbeitenden Massen in der Regierung vertreten sind oder nicht.

Daß Kräfte am Werke sind, die an der Wiederaufbau monarchischer Staatsformen arbeiten, kann nicht verkümmern werden. Deshalb dürfen wir auch nicht allzu optimistisch sein, daß die Republik nicht sehr bald wieder hergestellt sein kann. Alle Gründe sprechen dafür, daß unsere Parteileitung überall dabei sein müssen, wo es irgend geht.

Man hat ja Hilferding auch Ausführungen gemacht, die wichtige Interessen der Gewerkschaften berühren, weil sie die Zusammenhänge zwischen Staat und Wirtschaft betreffen. Man muß ihnen aber wohl mehr theoretische Bedeutung als praktischen Wert beimessen. Zunächst besteht nur einmal die Tatsache, daß Kapitalisten im allgemeinen gar nicht daran denken, den Gewerkschaften ein Mitspracherecht über ihre Wirtschaftsführung einzuräumen. In dieser Hinsicht stehen wir noch in den bescheidensten Anfängen. Gewiß sind Bestrebungen im Gange, um die Frage der Produktionsformen wissenschaftlich zu klären und zu fördern. Wir wissen jedoch, daß die deutschen Unternehmer zunächst die Früchte der Rationalisierungsmaßnahmen allein zu ernten laßen. Bis es soweit ist, daß die Unternehmer zugeden und anerkennt, die Führung eines Unternehmens sei eine gesellschaftliche Angelegenheit, werden noch heisse Kämpfe geführt werden müssen. Man braucht nur die Unternehmerrzeitungen durchzusehen und man findet, wie unausgesetzt gegen die sozialisierten und staatlich Unternehmungen mobil gemacht wird. Die Umwandlung der privatkapitalistischen Betriebe (die nur darauf Bedacht nehmen, hohe Gewinne zu erzielen und die Arbeiter möglichst niedrig zu entlohnen und recht lange an den Betrieb zu fesseln) in gesellschaftsähnliche Betriebe ist selbstverständlich nur möglich durch den Staat. Dieser Sozialstaat ist das Ideal, das wir erstreben, gewiß! Um ihn zu schaffen, müssen wir aber an seiner Gestaltung mitarbeiten können. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß die Vertreter der Arbeiterklasse an der Leitung des Staates teilnehmen.

In diesem Sinne sind die Ausführungen Hilferding allerdings unvollständig zu nennen. Anders liegen die Dinge freilich in der Praxis, denn die reaktionären Parteien, die jetzt die Macht im Reiche haben und die Regierung bilden, sind jedenfalls nicht entschlossen, sich zu verhalten.

Wir sehen, wie sie schnell die Bölle auf wichtige Lebensmittel zu erhöhen suchen (Kartoffel, Zucker, Fleisch usw.). Diese Menschen finden immer Gründe und Argumente, um ihre Handlungen zu beschönigen. Die Volkswirtschaften sind heute politisch viel zu gleichgültig, um sich energisch gegen diese Werteverminderungspolitik zur Wehr zu setzen. Die ganz Radikalen wiederum werden durch ihre Art und Weise des Vorgehens mehr als sie nützen, sie liefern diesen „Regierenden“ geradezu die Waffen zu ihrem Vorhaben.

Die Arbeiterschaft sollte endlich erkennen, daß die bürgerlichen Parteien alle Kräfte daran setzen, ihre Machtposition zu behaupten und auszubauen. Die sozialistische Welle richtet in den Köpfen Unheil über Antheit an, nicht minder die Volkswirtschaften. Unsere Parteipolitik kann nur erweitert und leistungsfähig werden, wenn es gelingt, die Wählermassen bei den nächsten Wahlen wieder unter dem Banner der Sozialdemokratie zu vereinen. Die Mehrheit muß erzielt werden, dann muß die Beteiligung in den gezeigten Körperlichkeiten auch die ausschlaggebende Beteiligung an der Regierung bringen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Ende dieses Monats, am 22. Juni, der Deutsche Industrie- und Handelstag in Hamburg tagen wird. Im „Berliner Tageblatt“ vom 15. Juni äußert sich hierzu ein Herr Dr. Demuth. Er bemerkt, daß auf dieser Tagung auch das Problem „Staat und Wirtschaft“ aufgerollt wird. Reichsminister a. D. Hamm habe das Referat. Herr Dr. Demuth beipflichtet die Sozialisierungsbestrebungen durch den Staat in den letzten Jahren und betont das Verlangen der Deutschen Werke. Daraus zieht er den Schluß, daß die freie Wirtschaft nach wie vor das Gebende sei. Deshalb werde der Industrie- und Handelstag vermutlich folgenden Gedankengang wiederum betonen:

„Deutschland bedarf einer besonders intensiven Wirtschaft; es besitzt für die Zahl seiner Bevölkerung zu wenig, dabei zum großen Teil geringwertigen Boden; mit seinen landwirtschaftlichen Erträgen kann es nur 70 bis 80 Proz. der Bevölkerung ernähren, der Rest muß durch Einfuhr gedeckt werden. Die Wirtschaft ist weiter durch die Reparationszahlungen schwer belastet. Unter diesen Umständen kann nur eine Wirtschaft helfen, die auch den letzten Vienna herausholt. Sie zu leisten, ist allein derjenige imstande, dessen persönliches Interesse ihn gebieterisch zu äußerster Sparsamkeit zwingt, nämlich der freie Unternehmer.“

Herr Dr. Demuth wird sicher recht behalten, denn das ist der Standpunkt der Unternehmer.

Sparsamkeit der Unternehmer, aber nur soweit Arbeiterinteressen in Frage kommen.

Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, elende Wohnungen für die Arbeiter! Hohe Gehälter, prächtige Villen, lange Erholungsreisen, raffiniertem Komfort, kurz alles, was neuzeitliche

Kultur nur bieten kann, dem Unternehmer und seiner Sippe!

Der markanteste Typ des modernen Unternehmers ist zweifellos Herr v. Borßig, der selbst genug war, die Beteiligung der Sozialversicherung zu jahren. Was das nach sich ziehen würde, wäre der Ruin und Tod hunderttausender Volksgenossen. Denn die Wegnahme der sozialen Unterlegung würde weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und die Konsumfähigkeit unterbinden. Das sind nun die freien Wirtschaftsführer, an deren Spitze ein Borßig steht, dem jedes Gefühl abzugeben scheint für Menschheitsinteressen, gar nicht zu reden von Menschheitsidealen.

Diese Unternehmer müssen doch von einer Art von Wahnsinn befallen sein. So hat sich z. B. auch der bekannte Industrielle Duisberg kürzlich vernehmen lassen, daß die Früchte der Rationalisierung sich erst in etwa zehn Jahren einstellen würden. Das bedeutet, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, die Kreise herabzulassen, sondern daß die Profite, die sich aus der Rationalisierung ergeben, ausschließlich in die Taschen und Tresors der Unternehmer kommen dürfen.

Das ist die Praxis! — So stehen die Dinge zurzeit in der Wirtschaft! Deshalb, Kollegen, die Augen auf! Organisiert und agitiert! Sammelt die Kräfte und erzieht sie zur Einigkeit! Macht sie reif zu geschlossenen Handeln! Wir brauchen das.

Der sozialdemokratische Parteitag hat folgende Beschlüsse gefaßt:

I.

Nachdem die Versuche, die demokratische Republik gewaltlos zu betätigen, an dem wachsenden Widerstand der arbeitenden Massen gescheitert sind, versucht die politische und soziale Reaktion unter Führung der deutschnationalen Partei die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital durch Ausnutzung der Regierungsmacht wieder herzustellen. Die deutschnationalen verborgen vorübergehend ihre monarchistischen, republikanischen und demokratischen Bestrebungen, um sich die Hilfe anderer bürgerlicher Parteien zur Durchführung der materiellen, sozialreaktionären Ziele des Großgrundbesitzes zu sichern.

Zugleich wächst mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Organisierung der Wirtschaft unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Der Kampf um die Beteiligung des Beschäftigten, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der Wirtschaftsdemokratie erfordern die Vereingung aller Arbeitenden in einer politischen Partei, in der Sozialdemokratie.

Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung der Arbeiterbewegung aus konfessionellen Gründen ab. Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Überzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder. Der Parteitag erhebt deshalb Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes. Er erblickt darin nur den Versuch sozialreaktionärer Kreise, die Trennung zwischen den Arbeitern aufrechtzuerhalten und zu erweitern, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können, eine Ablenkung der Arbeiterbewegung von ihren wirklichen Aufgaben. Der Kampf um die Schule ist für die Sozialdemokratie ein Teil des Streikungskampfes der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Beteiligung des Beschäftigten ohne Unterschied des Besitzes, die Hebung des Bildungsniveaus und des Kulturgrades der Massen. Die Überwindung des Bildungsprivilegs ist aber eine gemeinsame Angelegenheit aller arbeitenden Schichten. Nicht Trennung durch die Religion, sondern gemeinsamer Kampf um Teilnahme an allen Erziehungskampfen der Kultur ist der wahre Kulturkampf.

II.

Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Beteiligung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Führung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag

die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionsäre Gefahren abzuwehren. Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine faktische Frage, deren Verantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.

Die Ausrichtung der ihnen noch verschiedenen Arbeiterschichten aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Koalition und der Sturz der Reichsregierung steht bei den kommenden Reichstagswahlen zur Entscheidung. Der Zerfall der kommunistischen Partei, die Selbstenttarnung der bürgerlichen Reaktion machen den Sieg möglich. Der Parteitag will alle Vertrauensmänner der Partei auf in härtester Geschlossenheit die Vorbereitung für den Wahlkampf zu beschließen. Es geht um die Stärkung der politischen und sozialen Machtposition der Arbeiterklasse, um das Ziel, in der demokratischen Republik die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben.

Die Anträge der Opposition, die keine Koalitionspolitik wollte (Hörsing, Aufhäuser usw.) wurden mit großer Mehrheit verworfen.

**Rückblick auf die Weltwirtschaftskonferenz**

Am 23. Mai hat die vom Völkerverbund nach Genf einberufene Weltwirtschaftskonferenz ihren Abschluß gefunden. Über 400 Delegierte und Beobachter aus 47 Staaten waren dort volle drei Wochen versammelt. Mehr als bei anderen vom Völkerverbund veranstalteten Zusammenkünften war diesmal auch die außereuropäische Welt vertreten: China, Indien, Persien, Ägypten, China, Japan, Australien, Chile, Brasilien, Kanada, die Vereinigten Staaten und schließlich waren erstmals auch Vertreter der Sowjetrepublik in Genf anwesend. Sehr gering an Zahl waren neben den vielen Unternehmern und Regierungsleuten die Vertreter der Arbeiterschaft, weil die Einzelregierungen teils gar keinen, teils nur spärlichen Gebrauch machten von dem Rechte, solche zu ernennen. So stand nicht selten die kleine Arbeitergruppe von etwa zwei Dutzend Köpfern der übrigen Konferenz mit einer abweichenden Meinung gegenüber.

Der Zweck der Konferenz sollte sein: zunächst in einer Generaldebatte von mehreren Tagen sich über die Situation der Weltwirtschaft klar zu werden und aus den Diskussions- eine Problemstellung herauszubekommen, auf Grund deren dann in drei großen Kommissionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft Resolutionen und Empfehlungen formuliert und einer nachmaligen Vollversammlung zur Annahme unterbreitet werden sollten.

Nicht man das, was von den Rednern über die Lage und die gegenwärtigen Tendenzen in der Weltwirtschaft gesagt worden ist, zusammen, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Die durch den Krieg verursachten materiellen Schäden und Verluste sind zum großen Teil wieder ausgeglichen und die durch den Krieg gerissenen Handelsbeziehungen in weitem Umfang wieder aufgenommen worden. Von dauerndem Bestande sind dagegen die durch den Krieg verursachten Beeinträchtigungen der Märkte und der Produktionsfähigkeit der einzelnen Länder. Russland, das früher größte Außenhandelspartner auswärtigen als Indien, steht darin heute hinter Dänemark, worauf allerdings der russische Delegierte Solonitschkin darlegte, daß die hohen Ausführziffern des Jarenendes nicht einen wirtschaftlichen Ueberbruch, sondern eine gewalttätige Abzapping von der Kaufkraft der Bauernmassen darstellt haben. Große und fast immer nachteilige Wirkung wurde ferner der politischen Gebietserweiterung durch die Friedensschlüsse zugeschrieben. Besonders schädlich für die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik von ganz Europa war die Verhinderung der Donaumonarchie, deren Eisenbahnen heute der Verwaltung und den Tarifbestimmungen von sieben verschiedenen Staaten unterliegen. Schlimmer noch ist, daß die agrarischen Länder unter den Reichsstaaten Österreich-Ungarns heute durchweg das Bestreben haben, mit Hilfe von Schutzzöllen

eigene Industrien hochzuzüchten. Die Richtigkeit dieser Feststellung zeigte sich später augenfällig in den Kommissionen, wo polnische, tschechische, ungarische und jugoslawische Sprecher teils mit praller Offenheit, teils in etwas diplomatischer Umschreibung, immer wieder erklärten, daß die dort ausgearbeiteten Resolutionen, die den allmählichen Abbau der Schutzzölle empfehlen, in ihren Ländern wenig Hoffnung auf Zustimmung haben werden. Aber auch abgesehen von den „neuen Staaten“ und „kleinen Ländern“ stellt sich als allgemeine in sich widersprüchliche Wirtschaftstendenz in der ganzen Welt das Bestreben der Nationen heraus, ihr eigenes Land nach außen mit einer Zollmauer abzuschließen und gleichzeitig sich immer neue und weitere Märkte öffnen zu wollen. Der Spanier wiederum als Sprecher eines Importlandes von Rohstoffen und Ausfuhrlandes von Fertigprodukten begehrt als die drei bedeutendsten Uebelstände der Nachkriegszeit politische Protektionismus, Monopolisierung der Rohstoffe und ungleiche Bevölkerungsverteilung, für deren Abheilung die Wege nicht offenkundig, für deren Verhinderung die Wege nicht offenkundig. Auch aus dem Neben der Polen, der Italiener und einiger anderer Vertreter von Ländern mit Bevölkerungsüberschuß klang immer wieder heraus, wie die Behinderung der freien Ein- und Auswanderung genau in eine Erscheinung des Protektionismus und wirtschaftlichen Separatismus sei wie die Politik des Schutzzolls. Dasselbe jedoch wurde mit Rücksicht auf die Anwesenheit der Vertreter der Vereinigten Staaten die Frage der Ein- und Auswanderung nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern man begnügte sich mit einer Resolution, welche die Gleichstellung von Geschützten und Unbeschützten ausländerischer Herkunft in den einzelnen Ländern empfahl. Aus dem gleichen Grunde wurden auch die von Polen, Italienern und anderen oft angesprochenen Nahrungs- und finanziellen Sanierungsfragen nicht besonders behandelt.

Die in ausgedehnter Rede vorgebrachte Klage Professor Cassels aus Schweden über Monopolisierungs-tendenzen in der industriellen Welt würde dadurch reichlich atmend, daß er den Lohnkampf der Gewerkschaften mit den Staats- und Kartellmonopolen auf eine Linie rückte.

Die Engländer klagten über Arbeitslosigkeit und insbesondere über ihre notleidende Schwereindustrie und Baumwollindustrie und fanden für ihren Protektionismus die schärfste Formel, die Freihandelspolitik von ehemals „völlig modifiziert“ zu haben. Der russische Delegierte Oskinsky erklärte das Charakteristische der heutigen weltwirtschaftlichen Lage darin, daß die Verhältnisse der Rationalisierung der Arbeit, der Arbeitseigenheit und der Kaufkraft der Massen zwischen den einzelnen Ländern heute viel größer sei als vor dem Kriege und ebenso sei die Differenz zwischen der Produktionsfähigkeit und der Kaufkraft größer als früher. Wenn in den Vereinigten Staaten 25 Proz. der Gütererzeugnisse und Maschinenbaueinheiten ungenutzt bleiben müssen, in England in den gleichen Industrien sogar 41 Proz., so sei das nicht zuletzt die Folge des politischen Boykotts gegen die große Länder wie Russland und China. Gegenüber der ebenfalls verurteilten Ausnutzung der Kolonien stellte der Russe die erkennbarere Tendenz fest, daß das Nationalbewußtsein der unterdrückten Völker wachse und gleichzeitig das Klassenbewußtsein ihrer Proletariatsmassen. Eine weitere Besonderheit der Nachkriegswirtschaft sieht der russische Vertreter wie auch andere Redner in der Verschärfung des Verhältnis zwischen den Breiten der Industrie- und Agrarprodukte zugunsten der letzteren, was besonders an die strengere Organisation der Industrie und der Banken im Vergleich zur Landwirtschaft zurückzuführen sei. In solchem Sinne sprechen sich auch die in der landwirtschaftlichen Kommission der Konferenz gefaßten Entscheidungen aus.

Herr Loucheur, dessen Initiative diese Konferenz entsprang, stellte einstimmig fest in der Meinung der Konferenz, daß der internationale Handel durch Beseitigung von Import- und Exportzöllen gefördert werden müsse. Wegen die im Zusammenhang mit Freihandelsbestrebungen oft erwähnten „Vereinigten Staaten von Europa“ brachte er politische Bedenken vor. Es sei wenig wahrscheinlich, daß sich zwischen den an Tradition und Sprache so verschiedenen alten Ländern dieser Politik vorwärtslassen lassen. Jeder Staat fordere für sich die politische Sicherheit, ohne

die eine wirtschaftliche Sicherheit nicht möglich sei. Hinsichtlich der Zolltarife anerkannte er völlig die Verantwortung der Staaten, was jedoch nicht hindere, daß die Konferenz gewisse neue Grundzüge aufstellen könne. Von den drei Kommissionen (Handel, Industrie, Landwirtschaft) war für die Arbeiterarbeit die wichtigste die Industriekommission. Dort ermittelten die Vertreter der Arbeiter auch hauptsächlich ihre Tätigkeits.

Die Möglichkeit der keinen Arbeitergruppe hat es ermöglicht, daß in der Resolution über die Rationalisierung die wichtigsten Methoden das Wort geredet wurde. Durch ihre Initiative wurde in die Resolution aufgenommen, daß die Durchführung der Rationalisierung:

„mit der erforderlichen Umsicht erfolgen soll, um nicht die berechtigten Ansprüche der Arbeiter zu vernachlässigen und daß in Verfolgung des Rationalisierungsprozesses geeignete Maßnahmen zu treffen sind in besonderen Fällen, wo im ersten Stadium ihrer Verwirklichung Arbeitskräfte freigelegt werden oder die Arbeit weniger feiger wird.“

Ferner: „Bei diesen Bestrebungen Genenigen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, welche zur Bekämpfung und wirksamen Verwendung der menschlichen Arbeitskraft dienlich sind, wie Berufswahl, Berufsaufklärung und Berufsausbildung, Einteilung von Arbeitern und Aufstellungen, Formen der Produktion, welche den Arbeiter einen angemessenen Anteil an erhöhtem Ergebnis der Produktion sichern, sowie allgemeine Arbeits- und Erholungsbedingungen, welche der Gesundheit und Erholung seiner Persönlichkeit dienlich sind.“

Loucheurs Wunsch war es, von der Weltmeinung eine weitgehende Anerkennung der internationalen Rationalisierung und ihrer Vorteile zu erwirken. Doch begegnete er dem Widerspruch insbesondere der Standimänner, aber auch der Engländer. Auch die deutschen Vertreter gingen nicht völlig die gleichen Wege und so war das Ergebnis der Beratungen eine wenig bejauende Resolution, die darin ersichtlich ist, neben den mäßigen Vorteilen die Gefahren der Kartelle aufzuwählen, um schließlich zu der Feststellung zu gelangen, daß eine internationale Kontrolle der Kartelle solange nicht denkbar sei, als letztere in den einzelnen Ländern noch nicht durch eine Kartellgleichheit und -stärke existieren. Diese letztere Feststellung veranlaßte die Arbeitergruppe zur Stimmabgabe, da sie den größten Wert gerade auf internationale Kontrolle legt, an der Stelle die angemessene Resolution einer jeden Schwächere gerichtbar sei das Wort redet. Die Amerikaner ihrerseits enthielten sich der Stimme mit der Begründung, daß die amerikanische Volkswirtschaft noch staatlicher Kontrolle günstig sei und die Massen stimmten gegen die Resolution, weil sie dem Arbeiterstandpunkt nicht Rechnung tauge.

Jährlich, wenn auch nicht immer sehr vielfach, sind die Resolutionen, welche aus der Handelskommission hervorgingen: gegen Dumping, gegen staatliche Subventionen gegen Exporte und Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr, gegen Beschränkung staatlich monopolisierter Betriebe, gegen die privaten Industrien, eine Empfehlung wirtschaftliche und steuerliche Gleichbehandlung der Betriebe von Ausländern, für Berechtigung der Lohnnominalkur, für Vereinfachung der Zolltarife.

Eine weitere Resolution empfiehlt langfristige stabile Tarife mit Bündigungsstrafen. Wichtig ist eine andere Entscheidung, welche mögliche Einschränkungen der Ausfuhrzölle auf Rohstoffe empfiehlt und sich vor allem gegen ungleiche Behandlung der verschiedenen Importländer richtet. Wenn wurde in einer anderen Resolution Gleichbehandlung der Länder hinsichtlich des Transports empfohlen. In diesen Bestimmungen waren besonders die Länder mit verarbeitenden Industrien und ohne große eigene oder koloniale Rohstoffgebiete interessiert, wie Deutschland, Japan, Belgien, Italien usw. Durch eine andere Entscheidung wurde gegen Kolonialstaaten, Kolonialerwerbungen und Verschwenkungen der Kolonialpolitik eine Meinung gemacht, und in einer anderen der ausgedehnten und weitherzigen Anwendung der Weltzolltarifregelungen das Wort geredet. Schließlich wurde sogar die Höhe der Zolltarife ein wenig auch nicht sehr durchschlagend gefaßt. Es lagen zu diesem Punkte eine Reihe positiver Beschlüsse vor, und zwar:

Sie sollten einander ergötzen:  
 will jeder doch nur sein Leben fristen.  
 Wenn der und der ein Egoist,  
 so denke, daß da es selber bist.  
 Du willst auch deiner Zeit bestehn:  
 Mußt selbst auf deinen Nutzen sehn  
 Dann werde ich das Geheimnis besitzen,  
 auch sämtliche untereinander zu nützen;  
 doch den laßt nicht zu sich herbei,  
 der andern schadet, um etwas zu sein!

**Revolutionärer Glaube.**

Der Technik scheint heute alles möglich zu sein, und es gibt kein technisches Problem, das nicht zu lösen versucht wird, weil keine Kraft eben zugleich wirtschaftlichen Gewinn verspricht. Es ist schon großartig im wirtschaftlichen Bestehen und zukunftsgebend im Technischen. Aber sobald eine soziale Forderung gestellt wird, dann ist man plötzlich klein und bescheiden. Dann geht alles so schwer oder überhaupt nicht. Und glauben wir gar an eine neue, sozial ganz anders geartete, stützige Zukunft, dann müssen wir darüber nur den größten Bestimmungs. An alles glauben sie, nur nicht an des Menschen eigentümlichen Sinn.

Aber erst wenn wir den Glauben auf das Stützige übertragen, erst dann hat auch die technische Gestaltung ihre eigentümliche Seele. Was soll auch die Notwendigkeit des Geistes, wenn er zu Form erstarrt, zu neuen Beweisen, denen keine große, soziale menschliche Aufgabe mehr beizugehen ist?

Wir glauben an der Menschheit eigentümlichen Sinn! Das ist der revolutionäre Glaube, der all diesem nur technischen Glauben unserer Zeit gegenübersteht. Wir glauben an die stützige Bestimmung aus dem Technischen! Daß das stützige Fühlen sich regt, beweist seine Existenz und Zukunftswirksamkeit.

Das aber das im Sozialen soll niemals werden können?  
 Es gibt keinen sittlichen Gedanken, der nicht einmal verwirklicht werden kann.  
 Das ist der revolutionäre Glaube, der durch uns zum führenden Glauben einer neuen Menschheit wird.

**Der Kämpfer.**

Philosophen sind heute meist Philosophen des Behauptens und ihre Philosophie ist Schreibphilosophie. Ihre Ethik steht in Paragrafen. Ihre Moral ist ein Lehrbuch. Und neben dem allen ist das Leben mit seiner Ethik. Da tobt der Kampf. Da stirbt die Not. Da singt die Arbeit.

Niemand kann leugnen, daß Theorie und Praxis sich mitstreben, daß Ethik etwas anderes als Wirklichkeit ist, Lehre verschieden von Tat, und nur die Lehre hat Leben und Zukunft, die aus dem Leben selber wächst.

Man kann nicht abletts vom Leben Philosoph sein. Man muß in den Kampf springen und aus dem lebenden Leben heraus klingen hören den Sinn dieses Lebens. Das Leben selber ist der beste Philosoph und der Kernpunkt jeder Philosophie heißt Kampf. Kampf ist die Voraussetzung jeder werdenden neuen praktischen Ethik und darum ist Kampf zuletzt die ethische Grundbestimmung für die Gegenwart.

Nur wenn du Kämpfer bist, stehst du mitten im wogenden und brandenden Leben. Abwärts sinkst du in gemächliche Philosophie der Defensde, die zum Schwärzen führt. Nur im Leben des Kampfes wird deine Ethik ein Tat.

**Slavengedänge.**

Wir schätzen den Arbeiterdichter, der das Vieh Arbeit singt. Aber wir können den nur verachten, das soziale Elend im höchstesten Nachwort lobt, um diesem Nachwort seine Existenz zu fristen.

In Köln lebt solch ein „Dichter“, der seine Nachworten auf Postkarten gedruckt, durch die Unternehmung unter Arbeitnehmern zu verbreiten sucht. Eine Probe „Arbeit“ dieses Anachronismus ist dieses „Gedicht“:

Und wenn man hat kein Leid,  
 Das ist gemächlich Freud!  
 Und wenn dann noch die Sonne scheint,  
 Mit Gott und der Welt man's ehrlich meint,  
 Was wünscht, so frage ich mit Frau,  
 Was wünscht man weiter noch vom Leben?  
 Ich mein', es ist halt Glück's genug,  
 Um anderen davon abzugeben!  
 Und ob man arm ist oder reich:  
 Im Grund genommen ist es gleich!  
 Ein Stücken Brot, ein Stücken Wurst,  
 Ein Belästigen für den Durst,  
 Und für das Herz ein wenig Liebe —  
 Was gib's, das noch zu wünschen bliebe?

Wir glauben nicht, daß der Dichtersinn sich mit dem Nachworten selber das belungene Rapselchen zu verdienen kann. Da schätzen wir unseren Begleiter doch etwas höher ein als dieser Slavengedänger.

# UNSERE JUGEND

## Deutsch-Dänisches Jugendtreffen in Hadersleben.

Nach hatet in uns der Eindruck des Bezirksstreifens in Lübeck, und schon wieder ein Jugendtreffen? Diesmal in Hadersleben, um mit den dänischen Genossen gegen den Krieg für die Völkerverständigung zu demonstrieren. Als erste Wachen vor Pfingsten die sozialistische Arbeiterjugend an uns, als Gewerkschaftsjugend, heranzit, ob wir mit nach Hadersleben wollten, da haben wir unter dem Eindruck des Parteitag's der deutschen Sozialdemokratie unsere Zusage gegeben. Am Pfingstsonnabend, abends 7½ Uhr, stülpte sich unten an der Bahnhofbrücke der Dampfer mit 270 Kieler Junge und Mädchen. Um 8 Uhr legte der Dampfer los und mit Gesang und Liederschreien ging es aus der Förde hinaus. Nach sechshundertjähriger Fahrt taucht Sonderburg auf. Wir sind im dänischen Gebiet und denken jetzt alle wieder an unsere roten Fahnen und Wimpel, die am Weg hergetragen und von den Seiten und am Weg Hadersleben da. Zwei Tage vorher liegt die Förde sowie Hadersleben da. Zwei Tage vorher liegt die Förde sowie Hadersleben da. Zwei Tage vorher liegt die Förde sowie Hadersleben da.

Geist, der Lebensfreude des Kampfes, um die Lebensfreude, die die Arbeiter in das Fest hineinlegen mühten. Dann begrüßte der dänische Jugendleiter die deutsche Jugend. Der Jugendtag sollte den Diplomatenausschuss Deutschlands und Danemarks zeigen, daß die Arbeiterklasse beider Länder sich eins fühlt und dieses gemeinsame Band höher achtet als alle Gengensätze. Die Ausführungen wurden von einer Spielgruppe, die die Vorbereitung des Weltkongressariats darstellte, unterstützt. Dann marschierte die Jugend auf zu einem Festzug, voran die roten Fahnen der Jugend, dahinter das Flammennetz. Im Rhythmus sozialistischer Kampflieder marschierte die deutsche und dänische Jugend. Die Begeisterung übertraf sich auf die Alten. Sie waren jetzt alle eins, jung oder alt, deutsch oder dänisch. Sie waren jetzt alle Sozialisten. Als dann am Hatten die Fahnen zusammengeworfen wurden und der Sprechchor des sozialistischen Jugendariats noch einmal durch ein paar Sätze den Nie-wieder-Krieg-Gedanken ausschaltete, da hatte der Jugendtag seinen Höhepunkt erreicht. Am nächsten Morgen verarmelte sich die Jugend zu einer Abschiedsfeier im 'Wolfsbau'. Dänische Genossen überreichten eine Fahne und erklärten, wir hätten Hadersleben im Sturm erobert. Karl Naß erwiderte, danke für die Fahne und sagte, für uns sei die Fahne ein Zeichen der Völkerverständigung. Dann erlosch in strömendem Regen der Abmarsch zum Dampfer. Wer irgend konnte, besaß die Jugend zum Dampfer. Grüße erschallen aus Fenster und Türen. Nach zehnhundertjähriger Fahrt gelangten wir wieder in Kiel an. Mancher hat auf der Rückfahrt seinen Tribut dem Meeressogt zahlen müssen. Aber als wir wieder in Kiel waren, war alles vergessen. Und wieder haben wir aus diesem Treffen die Kraft geschöpft für unsere Kleinarbeit. Auch hat dieses Treffen bewiesen, daß die Völkerverständigung und der Sozialismus keine Phrasen sind, sondern lebendige Wirklichkeit. Bruno Boldt, Kiel.

ausnehmen. So waren wir zu fast zweistündigem unwillkürlichen Aufenthalt verurteilt. Leider reichte die Zeit zu einem Rundgang durch das schöne Schloss nicht aus. Mit vieler Mühe konnten wir im überfüllten nächsten Zug uns ein Plätzchen sichern. Bald waren wir am Ziel. In Wehlen brachte uns das Dampfboot an. Durch den herrlichen Waldweg, der uns zum Ziel führte, wurde die herrliche Aussicht von der Bastei, die leider durch das ungünstige Wetter nicht zu genießen war, dem Amfelsall nach Rathenwalde, wo wir nach anstrengendem Marsch im Burghöhe ein. Einmal nach dem Aufbruch angewiesen, die Rückfahre abgeben. Die kleineren Gruppen durchstreiften wir die Umgebung Hofsteins, bis uns am Abend die Burghöhe mit einer kräftigen Mehrheit wieder besetzte. Lustig plaudernd ließen wir im Schlafsaal die Erlebnisse des Tages noch einmal Revue passieren. Bald lag alles still in tiefem Schlaf, lehrte uns doch von der vorherigen Nacht so manches Schändchen an Ruhe. Schon früh halb vier Uhr, als die ersten Sonnenstrahlen uns beschränkten, standen die Bariken auf, um nach dem gemeinsamen Abmarsch eine kleine Morgenpartie zu unternehmen. Die Mädchen hatten es nicht ganz so eilig. Nach dem Morgenfrühstück rüsteten wir zum Abmarsch. Mit dem Liebes- 'Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!' und einem kräftigen 'Frei Heil!' verabschiedeten wir uns von den übrigen jugendlichen Besuchern der Burg. Bei herrlichem Wetter ging es in idyllischen Landschaft mit seinen originalen Felsbildungen an der Brinjalalmühle vorüber nach der Elbe, die wir bei Wendischfähre überschritten. Auf dem jenseitigen Ufer wurde der steile Passfiel erklimmt. Hier hatten wir wieder herrliche Rundblicke auf die wie Spielzeug anmutenden Landschaftsbilder in den Tälern. Ein Gemütlertes lehrte ein, deshalb rüsteten wir zum Aufstieg. Mit Rückstuf auf die Markh- und Kletterleistungen des Portages unterließ leider die Bezeichnung der interessanten Pfaffensteine. Geradenwegs strebten wir nun wieder dem Ausgangspunkt unserer Fahrt, der Station Pöhlitz-Wehlen, zu. Hier mußten wir, auf mehrere Züge verteilt, verladen, in den von heimkehrenden Ausflüglern überfüllten Waggons unterkommen. Leider erkrankte ein Jugendkollege unterwegs. Im Hauptbahnhof Dresden bewunderten sich unsere Führer um seine Bilege auf der Sanitätskutsche und Weiterbeförderung in Sonderabteil. Müde, aber erkrut über die Erlebnisse der schönen Fahrt, erreichten wir Dienstag früh nach 1 Uhr Leipzig. Hier verabschiedeten wir uns in dem Bewußtsein, gemeinsam kräftige Tage in freier Natur verleben zu haben, um wieder in das Alltagsgetriebe zurückzukehren. Frei Heil! zur nächsten Fahrt! Otto Engelbrecht.

## Unsere Leipziger Jugend in der Sächsischen Schweiz.

Wieder einmal sammelte sich unsere Leipziger Wanderschaft unter ihrem Wimpel zu froher Fahrt. 55 Karren und Mädchen hatten sich in der Nacht zum Pfingstsonntag, der Werttag'sorgien, am Hauptbahnhof eingefunden, um gemeinsam die Naturschönheiten der Sächsischen Schweiz kennen zu lernen. Nachdem die erwartungsfrohige Schaar in Gruppen eingeteilt und das Fahrzeug einrichtet war, ging es durch die Sperre in den bereitgestellten Sonderwagen. Mit fast halbtagelanger Verpöpfung setzte sich der Zug gegen 1 Uhr morgens in Bewegung. Die Bahnfahrt mußte man sich durch Gesang und Lustig angesehn zu machen, bis die Morgenämmerung uns an die Wagenfenster lockte. In Dresden wimmelten die Bahnsteige von Hunderten von Ausflüglern. Der Anschlußzug konnte uns nicht mehr

der französische Vorschlag eines Maximumtarifes mit dem Ziele des Ausgleichs der Produktionskosten der hauptsächlichsten Konstruktionsländer. Ein ähnlicher Vorschlag von Professor Cassel (Schweiden). ein österreichischer Vorschlag, die bestehenden Zölle allmählich um 2 1/2 Proz. abzubauen. und endlich der Vorschlag der internationalen Handlungskammer, welcher sich lediglich gegen übermäßig hohe oder allzu komplizierte Zölle wandte. Dem letzteren Vorschlag, welcher der allgemeinste und unbedenklichste ist, kommt die angenommene Resolution am nächsten. Sie empfiehlt: 'Allgemeinliche Maßnahmen der Staaten zur Aufhebung oder Herabsetzung der Zollschranken... Aufhebung der Präzise, übermäßige Verhandlungssätze als Kampfmittel oder dergleichen zum Zweck des Schutzes in der Zollverhandlungen mitzubringen. Die gleiche Resolution empfiehlt dem Väterbund, auch den Völkerverständigung mit den Vertretern der Staaten, auch derjenigen, die nicht seine Mitglieder sind, hinsichtlich in dieser Richtung weitere Untersuchungen aufzustellen und Schritte zu unternehmen. Wegen eine ganze Reihe der angenommenen Entschließungen stimmten die Vertreter Sowjetrusslands mit der Begründung, daß sie auf das andersartige Wirtschaftsleben ihres Landes keine Anwendung finden können, ab. Sie betonten aber ausdrücklich, daß sie mit der Abhaltung nicht das Wert der Konferenz behindern wollen.' Von den übrigen Delegierten wurden die von den Russen abgelehnten Resolutionen dann mit der Einschränkung genehmigt, daß sie die Sowjetrepublik nicht betreffen. Als das Aktium der Konferenz beendete der russische Sprecher die Anerkennung des 'irridischen Nebeneinanderexistenzens' des russischen und privkapitalistischen Wirtschaftssystems. Fragt man heute nach dem Wert oder dem Ergebnis der nunmehr abgeschlossenen Konferenz, so muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß es sich um einen ersten Versuch dieser Art handelte und es versteht sich, von einer ersten beratenden Zusammenkunft irgend etwas wie Durchgreifende Maßnahmen zu erwarten. Ein Wert dieser Konferenz lag schon darin, daß es den Teilnehmern, meist Leuten, die auf die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ihres Landes Einfluss haben, möglich war, in präziser und unmittelbarer Form die wirtschaftliche Lage festzustellen, wie sie in den einzelnen Ländern heute liegt, und gemeinsame Ausdrucksformen zu lernen. Von dieser Seite her war die Konferenz für die dort anwesende Arbeitergruppe nicht minder ein Gewinn als für die anderen Teilnehmer. Amfelsall wird sie auch auf die öffentliche Meinung der Welt einen großen Einfluss ausüben. In einem Punkte freilich hat sie eine Enttäuschung gebracht. Insbesondere die Arbeitervertreter teilen die Hoffnung,

die der Präsident in seiner Eröffnungsrede ausdrückte, als er sagte, daß die Konferenz der Beginn eines Wertes auf lange Sicht sein soll, wenn gemeint war, daß aus ihr eine permanente internationale Wirtschaftsorganisation hervorgehen sollte, ähnlich der Arbeitsorganisation des internationalen Arbeitsamtes. Eine solche Organisation hat auch der Sprecher der Arbeiter, der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux konkret vorgeschlagen, sich aber auf den Widerstand eines großen Teiles der anderen Gruppen, so daß es schließlich bei der Annahme der nachfolgenden Resolution über diesen Punkt blieb: 'Hinsichtlich der zu unternehmenden Aktionen möchte die Konferenz keine Vorschläge über eine endgültige Organisation machen und glaubt nicht besser handeln zu können, als die Aufmerksamkeit des Väterbundesrates auf die zweckmäßige Zusammenfassung des vorerwähnten Komitees hinzuweisen, das in seiner Arbeit so vorzüglich Resultate erzielt.' Damit ist, ohne daß eine ständige Institution geschaffen oder auch nur in Aussicht genommen worden wäre, die Einberufung künftiger Tagungen dem Komitee überlassen, das die eben abgelaufene Konferenz vorbereitet hat. Franz A. Furtwängler.

## Besserung der Lage in der Treibriemen- und Hochkonjunktur.

Die 'Industrie- und Handelszeitung' berichtet, daß am Niederrhein der Bedarf und die Nachfrage nach Treibriemen recht reg geworden sei. Besonders in der Textilindustrie und allen einschlägigen Betrieben sei eine Belebung eingetreten, die zu Betriebsvermehrungen zwingen. Aber auch in den anderen Industrien habe sich das Geschäft neu belebt. Die Nachfrage kommt auch aus landwirtschaftlichen Kreisen, wo die neuzeitlichen Maschinen immer mehr eingeführt werden. Infolge der Nachfrage sind die rheinischen Treibriemenfabriken sehr gut beschäftigt, so daß einzelne Fabriken trotz Einstellung neuer Leute mit Vorratsschwierigkeiten kämpfen. Sogar ein Mangel an tüchtigen Facharbeitern sei vorhanden. Da müssen wir doch ein trübseliges Fragezeichen drüben setzen; denn gerade in der Treibriemenindustrie dürfte noch immer, trotz der gerühmten Besserung, ein Mangel an guten Facharbeitern jedoch nicht eintreten. Derselbe Mangel besteht bei der betreffenden Berichterstattung unter tüchtigen Facharbeitern etwa noch etwas ganz anderes? Das Organ der Treibriemenindustrie bemerkt zu diesem Bericht, daß die Besserung der Lage im rheinischen Gebiet auf die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage zurückzuführen sei; denn der Treibriemen ist davon abhängig. Riegt die Wirtschaft still, dann stehen die Maschinen und es werden auch keine Treibriemen gebraucht.

Nebrigens hat das Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß wir uns in einer Periode des Aufschwunges befinden, die sich dem höchsten Punkt rasch nähert. Die Frage ist es nur, ob sich die Konjunktur lange im Zustand solcher Hochspannung wird halten können; denn nach dem Aufschwung und erreichter Hochspannung folgt regelmäßig die Abflauung — die Krise! — Die Hochspannung wird sich nicht so leicht lösen lassen: 'Starke Verteilung auf dem Geldmarkt, Finanzierungs- und Kreditverknüpfung, weiteres Sinken der Effektkurse, Stillstand oder Abbröckeln der Warenpreise bei teilweiser scharfer Verteilung der Preisrelation (Kapital- und Konsumgüter). Das Unternehmenseinkommen hört auf, zuzunehmen, gegen Ende dieser Periode geht es zurück. Das Arbeitseinkommen hält sich zunächst noch im ganzen auf der erreichten Höhe, ebenso die elastischen Ausgaben. Stillstand in der Zunahme der Produktion; die Produktionsverzögerung tritt den Rückgang an, während die Verbrauchsgüterzeugung zunächst noch steigt. Die Zunahme der Einfuhr kommt zum Stillstand, die Ausfuhr bewegt sich nach wie vor unter Schwankungen auf der erreichten Höhe. In Hand der Untersuchungen über die Volkswirtschaft 'drei Märkte' (Warenmarkt, Effektenmarkt, Geldmarkt) kommt das Institut zu folgendem Ergebnis: 'Beruht man auf Grund der Analyse der Zahlungsvorgänge und Marktvergangenheiten sich von der weiteren Dauer des Aufschwunges ein Bild zu machen, so liegt es nahe, die Zeitspanne abzumessen, die nach den bisherigen Erfahrungen zwischen einer solchen Konstellation wie der heutigen und dem Beginn der darauf folgenden Wirtschaftskrise gelegen hat. In der Vorkriegszeit betrug sie etwa 1 1/2 Jahre, 1925 annähernd dreiwertel Jahr. Daß sich die Volkswirtschaft der Konjunkturbewegung in Deutschland nach dem Kriege verhält hat, wurde schon mehrfach festgestellt. Bei der harten Umstellung, in der das Geschehen der deutschen Volkswirtschaft seit der Stabilisierung begriffen ist, läßt sich schwer abschätzen, mit welcher Vorkriegszeit sich jedoch legen, daß die deutsche Volkswirtschaft seit 1925 eine höhere Festigkeit gewonnen hat. Fast überall ist eine stärkere Konsolidierung eingetreten. Mit einem gewissen Recht spricht man von Wiederentwurf des mobilen Kapitals, worunter zu verstehen ist, daß die Unternehmungen jetzt wieder auf einer dreierlei Grundlage von langfristigen Krediten, von Beteiligungs- und Emissionsmöglichkeiten, von eigenem Effektenbesitz aufgebaut sind. Wenn wir daher demnach in eine Periode der Hoch-



### Verbindlichkeitsverpflichtungen.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung  
(Tarifabteilung) Nr. IV 3973/43.

Berlin NW. 40, den 11. Juni 1927.  
Scharnhorststraße 35.

#### Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
  - a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen Ledertreibriemenindustrie, Bezirk Freistaat Sachsen, S. B. Dresden.
  - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Sattler-, Tapezierer- und Portefeulier, Gau Sachsen, S. B. Dresden.
2. Abgeschlossen am 14. April 1927 (Lohnabkommen).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeitnehmer in der Ledertreibriemenindustrie im Umfang des § 1 des Reichsarbeitsvertrages vom 25. September 1925.
4. Männlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Sachsen.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit des Lohnabkommens beginnt mit Wirkung vom 1. Mai 1927.
- Die allgemeine Verbindlichkeit des Lohnabkommens vom 2. Juli 1926 tritt mit seinem Ablauf außer Kraft.
- Im Auftrage: Bachetta.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung  
(Tarifabteilung) Nr. IV 3341/31.

Berlin NW. 40, den 11. Juni 1927.  
Scharnhorststraße 35.

Betrifft: Allgemeinverbindlichkeitsverpflichtung eines Nachtrages zum Landesarbeitsvertrag vom 17. September 1924 für gewerbliche Arbeitnehmer in Sattlerleien (Handwerkbetrieben) (soweit nicht besondere Tarifverträge in Geltung sind im Freistaat Sachsen, gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67).

#### Entscheidung.

Der Nachtrag Nr. 6 vom 22. April 1927 (Lohnabkommen) zum allgemeinverbindlichen Landesarbeitsvertrag vom 17. September 1924 („Reichsgesetzblatt“ 1924 Nr. 28 S. 425) wird für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich mit Wirkung vom 22. April 1927 für allgemeinverbindlich erklärt.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Nachtrages 5 vom 6. Juli 1925 tritt mit seinem Ablauf außer Kraft.

Im Auftrage: Bachetta.

### Was mit dem Verbandsblatte geschehen soll!

Unsere Zeit steht wirtschaftlich im Zeichen der Nationalisierung. Diese Nationalisierung hat wirtschaftlich einen gesunden Kern, doch ist die Durchföhrung des Nationalisierungsgedankens nur dann auch sozial, wenn die Lebensinteressen der arbeitenden Masse dabei die gebührende Berücksichtigung finden. Aber diese Berücksichtigung suchen wir heute vergeblich. Seine Lebensinteressen muß sich das schaffende Volk selber erlangen.

Das geht nur durch organisierten Kampf, wie auch der Kapitalismus organisiert verbunden ist. Das geht aber auch nur unter Verwendung der gleichen wirtschaftlichen Methode, die der Gegner gebraucht, durch Nationalisierung der Kampfeswerte.

Was das heißt? Defensivität umgeben mit dem allen, was uns im Kampfe gegeben ist. Und dazu gehört das Gemeinheitsblatte. Es ist eine Waffe, die leider so oft in der Ecke liegt. Mit Unrecht und nur selten gebraucht aber dann nicht zur Benutzung vorhanden, wenn sie gebraucht werden soll.

Wie oft wird das dieser oder jener Artikel im Verbandsblatte gelesen, der ganz besonders interessiert. Wie oft findet man da wertvolle Angaben, gute Gedanken, wichtiges statistisches Material. Aber im Augenblicke des Lesens hat der Artikel für viele vielleicht keinen praktischen Wert. Im Augenblicke des Lesens hat er große theoretische Bedeutung, doch in diesem Augenblicke kann das Material von dem einen oder anderen nicht praktisch gebraucht werden. Aber wenn dann dieser Tag einmal gekommen, denn ist das Verbandsblatte nicht mehr zur Hand oder man findet die einzelne Arbeit nicht mehr.

Was uns fehlt, ist eine Nationalisierung in der Benutzung des Blattes. Eine Arbeit des Verbandsblattes weggenommen, gleich der alten Methode in den Betrieben, in denen man so viele Werte als Abfallstoffe weggeworfen hat. Aber heute wird alles gesammelt, alles wieder benutzt, in ganz besonders rationeller Weise bekanntlich von Ford. Wieviel mehr gilt das von Berlin, die Werte sind und Werte werden, ja, deren Bedeutung später einmal noch größer als im gegenwärtigen Augenblicke ist. Eine lehrreiche Arbeit als nebenständig weggenommen, ist einem Wegwerfen von Geldscheinen gleich, weil man sie gerade heute nicht nötig hat.

Die Inhaltsangabe, wie sie viele Blätter am Ende des Jahres geben, ist der erste Anfang einer praktischen Nationalisierung der geistigen Werte des Blattes. Aber sie kann auch mehr als ein Anfang sein, denn solche Inhaltsangaben ist ihrem Wesen nach allgemein und für alle bestimmt. Was wichtiger ist, das ist die individuelle Hebersicht, die sich der einzelne selber schafft. Das interessieren die wirtschaftlichen Fragen, den die Statistik, den das Soziale, den die Fragen der Frau, den interessiert der geistige und stitische Wert seines Kampfes, und der wieder hat besonders Freude, sich mit dem Organisatorischen und den Verbandsverhältnissen zu beschäftigen.

So hat das Verbandsblatte trotz der einen, großen, führenden, gemeintamen Linie doch für jeden ein anderes Gesicht. Für jeden ist es ein eigener Duell des Erlebens und Vernerns, und es ist die Aufgabe des einzelnen, dieses jedem Eigene des Blattes für den eigenen Kleinkampf des

Lebens zu erhalten. Das, was von dem einzelnen einmal als ihm bedeutender Wert erkannt worden ist, muß erhalten bleiben für ihn. Stets muß er es zu gebrauchen im Stande sein.

Darum hat jeder sein Blatt zu lesen und zu verwahren und den Inhalt für sein Interesse zu sichern und zu notieren, nach Materien geordnet, und dann immer wieder zu überprüfen und aufzufrischen, damit dieser geistige Inhalt nicht zur Unterhaltung für ein paar Minuten, sondern zum geistigen Wesen einer Person, eines Komplexes wird. Wir sind viel zu wenig beherzigt mit unseren Worten und Kräften. Wir wollen prägnanter sein und ökonomischer und gewissenhafter, denn dann bedeutet das Verbandsblatte praktisch viel, viel mehr, als es heute für viele ist, und in einer viel tieferen und nützlicheren Weise ist dann jeder auch verbunden nicht nur mit seinem Blatte, sondern auch mit seinem Verbands zugleichen.

### Nachruf!

Am 11. Juni verstarb nach langem schweren Leiden unser lieber alter Kollege

**Otto Schubert**

im 67. Lebensjahre.

Ein ganzes Menschenalter hat der Verstorbene mit fetterer Liebe und Pflichtigkeit als Hauptkassierer an der Spitze unserer Kasse die Geschäfte geführt. Ein leuchtendes Beispiel für alle Kollegen, insbesondere für alle seine Mitarbeiter.

In dankbarer Erinnerung gedenken wir deshalb seiner unschätzbaren Verdienste um das Werden und den Ausbau unserer Kasse, deren ganze Geschichte mit dem Namen des Verstorbenen immer verbunden sein wird.

**Der Vorstand und Aufsichtsrat  
der Zentralkassente der Sattler, Portefeulier und Berufsgenossen Deutschlands.**  
gez. Ernst Schulze.

### Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 20. bis 26. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Bericht über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juni 1927.

Mit dem Abrechnungsmaterial gehen im Laufe der nächsten Woche den Verwaltungen die Monatsberichte für die nächsten drei Monate zu. Die Berichtstabelle für den Monat Juni ist bis einschließlich zum 5. Juni, genaue nach Branchen ausgefüllt, einzuliefern. Handwerkerblatte sind unter der Rubrik „Sonstige Branchen“ anzuführen. Erhebungszeit ist Sonnabend, der 25. Juni.

Mit der Erhebung des Standes der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Ende des Monats Juni soll zugleich die Mitgliederzahl am Ende des 2. Quartals erfaßt werden. Wir bitten deshalb dringend darum, die gelohnten Angaben recht genau zu machen, um aus den Karten den derzeitigen Stand der Mitgliedschaft, deren Verteilung auf die Branchen und die Arbeitslosigkeit nebst Kurzarbeit in den Branchen genau erfassen zu können.

### Aufforderung!

Der ehemalige Vorsitzende der Verwaltungen Berlin, Max Müller, Mitgliedsbuch 10912, wird um Angabe seiner Adresse ersucht, um die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Ortsverwaltung Berlin, alle Kollegen und Funktionäre werden gebeten, falls ihnen die Adresse Müllers bekannt ist, uns zu benachrichtigen.

Die Ortsverwaltung,  
Eingeliefert 24.

### Adressenveränderungen.

- Oberhausen, Kass. Eugen Frey, Duisburg-Weidenfeld, Essen-Telegraf 8.
- Waldbrühl, Dorf. Otto Meuter in Diedenhäufen, Waldbrühl.
- Erlangen, Dorf. Gansmann, Gindengasse.
- Bierja im Rheinland, Dorf. Josef Feddes, Gerolsteinstraße 44.
- Oberneufisch, Kass. Erik Seifert, Reutlich a. Hohenstein in der Gaultsch, Siedlerstraße 17.
- Paderborn, Kass. W. Reugeborn, Roonstraße 57.

### Verammlungsstafender.

Am A. K. Dienstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr Verammlung aller Branchen im Volkshaus.

### Sterbetafel.

Bremen. Im Alter von 52 Jahren starb der Tapezierer Kollege Wilhelm Bodek in a. n. Hamburg. Am 14. Juni starb nach über 25jähriger Mitgliedschaft der Tapezierer Kollege Bucher im Alter von 47 Jahren.

**Chreihrem Andenken.**

Spannung eintreten sollten, so ist anzunehmen, daß diese Höhe nicht von so heftigen Erhöhungen durchsetzt sein wird wie im Jahre 1925, als Katastrophen, wie die sogenannte Konjunkturkrise hereinbrachen. Obwohl ist der wirtschaftliche Rückfall, den die deutsche Wirtschaft im Ausland hat, nachdem die internationale Solidarität der Märkte wiederhergestellt ist, stärker als im Jahre 1925. — Auch auf der Güterseite tritt uns das Bild des fortschreitenden, der Hochspannung sich nähernden Aufschwunges entgegen. Produktion, Beschäftigung und Umsätze sind gerade in den letzten Monaten stark gewachsen. Die Arbeitslosigkeit hat sich wesentlich vermindert. Wenn sie im Mai 1927 mit der Gesamtheit der Arbeiter- und Anstelltenchaft einschließlich der Hilfsarbeiter auf etwa 2 1/2 Millionen veranschlagt wurde, so kann sie gegenwärtig auf höchstens 1 1/2 Millionen beziffert werden. Immer noch handelt es sich um eine außerordentlich hohe Zahl. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit, selbst bei einem Höhepunkt der Beschäftigung Mitte 1925, immer noch auf einer halben Million stehen blieb. Inzwischen ist infolge der Rationalisierung und anderer Momente diese strukturelle Arbeitslosigkeit vielfach noch geiegen. — Zusammenfassend beurteilt das Institut für Konjunkturforschung die kommende Wirtschaftsentwicklung folgendermaßen:

„Ende Februar 1927 ergab sich das Konjunkturbild eines zögernd fortschreitenden Aufschwungs. Die Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in bedeutsamem Tempo fortgesetzt. Die wirtschaftliche Aktivität hat gegenwärtig — Ende Mai 1927 — einen Grad erreicht, der schon zu gewissen Reibungen und Spannungserscheinungen geführt hat, wie sie für eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungphase kennzeichnend sind. Dieses zeigt sich mit aller Deutlichkeit sowohl auf der Seite wie auf der Güterseite der Wirtschaft.“

Der Zahlungswert hat sich erweitert. Die drei Märkte befinden sich nach ihrer Konstellation in dem zweiten Stadium eines Aufschwungs: der Warenmarkt hebt sich aus, der Effektenmarkt hat einen Rückfall erlitten, der Geldmarkt ist angepannt. Leichte Spannungserscheinungen verbleiben auch auf der Güterseite. Produktion und Umsätze sind in den letzten Monaten zwar ständig gewachsen. Dabei hat aber die Produktivitätssteigerung, die von Oktober 1926 bis Februar 1927 zunächst stärkere Fortschritte gemacht hatte, die Führung nunmehr an die Verbrauchsgüterindustrien abgegeben. Hierbei scheint die volkswirtschaftliche Vorratshildung einen Charakter anzunehmen, der auf zunehmende Sättigung des Binnenmarktes hindeutet. Durch die Fehlen des Außenhandels wird das insofern heilsam, als die Mehrenfuhr an Rohstoffen und Halbwaren lehtlin leicht abgenommen hat.

Wenn die Wirtschaft in die Phase der Hochspannung eintreten wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben, zumal die Dauer der einzelnen Phasen sich bis auf weiteres nicht berechnen läßt. Es könnte sich sogar wieder eine Entspannung ergeben. So viel kann aber gesagt werden, daß die Aufzuckung nicht zureichend ist: der Umschwung an der Börsen seitdem das Signal für einen bald zu erwartenden Rückgang im sonstigen Geschäftsleben. Die Abchwächung der Effektenkurve dürfte vielmehr mit einer Folge gerade der härteren Kreditanpannung im Bereich der Produktion und des Warenhandels sein.“

Wir wollen wünschen und hoffen, daß die absteigende Kurve noch etwas auf sich warten läßt. Es will uns denn doch so scheinen, als wenn die Hochspannung noch nicht so arg groß ist, wie sie dem Institut für Konjunkturforschung erscheint. Auch führende Handels- und Börsenblätter sind dieser Meinung, vor allem die „Frankfurter Zeitung“.

Auf alle Fälle wollen wir aber solche Warnungen nicht unbeachtet lassen. Es ist immer besser, sich rechtzeitig auf komnendes Schlimmes vorzubereiten, als sich plötzlich überrollen zu lassen.

Immer wieder müssen wir daran denken, wie dieser Zustand endlich dauernd behoben werden kann. Erwärmt, organisiert, werbt Mitglieder!

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Mai 1927.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Gewerkschaftenliste beträgt auch für den Monat Mai einen weiteren Rückgang. Sie betrug am 1. Mai 870 000 und ging um 221 000 = 25,4 Proz. auf 649 000 am Ende des Monats Mai zurück. Auch für unseren Verband ist eine weitere allerdings sehr geringe Besserung eingetreten. Bericht über die Verwaltungen mit 24 732 Mitgliedern, davon 4932 weiblichen. Nicht berichtet haben 32 Verwaltungen mit 1180 Mitgliedern, davon 70 weiblichen. Arbeitslos waren Ende Mai 1927 3442 männliche und 573 weibliche Verbandsmitglieder, das sind 15 Proz. gegenüber 17,4 Proz. Ende April d. J. Kurzarbeiter waren vorhanden:

	männl.	weibl.	ins.	Prozents Ende April	Prozents Ende Mai
1 bis 8 Stunden	219	32	251	0,9	0,9
9 bis 16 Stunden	244	91	335	1,3	1,3
17 bis 24 Stunden	482	186	668	2,7	2,4
25 und mehr Stunden	121	73	194	0,5	0,7
Zusammen	1066	362	1428	5,7	5,2

Für Offenbach a. M. meldet das Verbandsamt über die Stellenlücken:

Stellenlücke am:	29. 4.	6. 5.	13. 5.	20. 5.	27. 5.
Sattler	289	268	247	239	223
Portefeulier	1969	1966	1914	1837	1792

Trotz aller Bestuche, die Orte zu pünktlicher Berichterstattung zu verziehen, haben wieder 32 Verwaltungen nicht berichtet, darunter von größeren Orten Eutin, Kottbus, Halle a. d. S., Bodrum, Mainz, Zwickau, Karlsruhe, Reutlingen, Gera und Weimar. Der aufmerksamste Leser der Berichte über den Arbeitsmarkt wird sehr leicht feststellen können, daß es fast immer dieselben Orte sind, von denen aus die Berichterstattung fabuliert wird. B. C.